

Verbrauchergerichtsstand

Der Verbrauchergerichtsstand wurde durch die Brüssel 1a VO (VO 1215/2012) bereits im Jahr 2012 in der [EU](#) eingeführt und dient dem Schutz des [Verbrauchers](#).

Der [Gläubiger](#) verklagt normalerweise den [Schuldner](#) an seinem Wohnort oder Geschäftssitz (allgemeiner Gerichtsstand). Dies gilt für jede Art von Verträgen über Käufe und Dienstleistungen. Vertragspartner sind oft [Unternehmer](#) und [Verbraucher](#). Hat der [Verbraucher](#) Probleme ist er [Gläubiger](#) des Unternehmers, der dann als [Schuldner](#) bezeichnet wird.

Der [Verbraucher](#) müsste demnach ein [Unternehmen](#) am Sitz des Unternehmens verklagen und bei jeder Verhandlung zum dortigen Gericht reisen. Dies soll dem [Verbraucher](#) aber erspart bleiben. Daher gibt es den Europäischen Verbrauchergerichtsstand.

Dieser ermöglicht es dem [Verbraucher](#) an seinem eigenen Wohnort ein [Unternehmen](#) zu verklagen. Das [Unternehmen](#) hat dann anzureisen.

Der Gerichtsstand ergibt sich aus Art. 18 Abs. 1 Fall 2 Brüssel Ia VO. Der Gerichtsstand ist am Wohnsitz des [Verbrauchers](#). Er ist "gerichtsstandswahlfest" gem. Art. 19 Brüssel Ia VO. Die [Verordnung](#) ist anwendbar, wenn der [Unternehmer](#) seinen Sitz oder einen Sitz in der [EU](#) hat. Dies gilt auch für Nachlasssachen, soweit diese Verbrauchersachen sind nach Art. 17 Abs. 1 lit c Fall 2, weil der Anbieter seine Tätigkeit "auf irgendeinem Wege auf diesen Mitgliedsstaat [...] ausrichtet. (EuGH RS 585-08, C 144/09 - Alpenhof). Dies gilt auch für Klagen von [Erben](#) eines Verbrauchers (EuGH RS C 347/08).

Der Europäische Verbrauchergerichtsstand findet auch Anwendung auf das [Datenschutzrecht](#).